



VORARLBERG

Pressekonferenz

zum Thema:

Mangel an Kassenärzt:innen: Gesundheit darf keine Kostenfrage sein!

**AK-Vizepräsidentin Manuela Auer (FSG) fordert
Reformen im Kassensystem**

Dornbirn, am 28. September 2023

Gesprächspartner:innen:

LAbg. Manuela Auer, AK-Vizepräsidentin

ÖGK-Arbeitnehmer:innen-Obmann, Andreas Huss

„Der Zerfall des Gesundheitssystems ist real!“

Dornbirn (FSG) Unbesetzte Kassenstellen, extrem lange Wartezeiten bei Fachärzt:innen, Gemeinden ohne Hausärzt:innen – Vorarlberg ist von einem akuten Versorgungsengpass bedroht. „Der Zerfall des Gesundheitssystems ist real“, lautet der Befund von AK-Vizepräsidentin Manuela Auer von der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen (FSG). Der Grund: Es gibt viel zu wenige Kassenärzt:innen. Auer sieht dadurch die Gesundheit der Vorarlberger:innen massiv in Gefahr. „Denn durch die aktuelle Teuerung und den damit verbundenen extrem hohen Kosten für das tägliche Leben ist zu befürchten, dass viele Menschen in diesem Land bei ihrer Gesundheit sparen und notwendige Untersuchungen oder Behandlungen nicht durchführen lassen, weil sie bei einem Wahlarzt für sie zu kostspielig sind.“ Die AK-Vizepräsidentin stellt klar: „Gesundheit darf keine Kostenfrage sein!“

Eklatantes Missverhältnis zwischen Wahl- und Kassenärzt:innen

In Vorarlberg sind laut aktuellen Zahlen der ÖGK derzeit 155 Allgemeinmedizin-Stellen und 179,7 Facharztstellen besetzt. Darüber hinaus gibt es 108 besetzte Stellen von Kassenzahnärzt:innen. Demgegenüber gibt es insgesamt 316 Wahlärzt:innen in Vorarlberg. „Es besteht ein eklatantes Missverhältnis zwischen Wahlärzt:innen und Ärzt:innen mit Kassenvertrag. Während die Zahl der Kassenärzt:innen in den letzten 20 Jahren nur gering zugenommen hat, ist die Zahl der Wahlärzt:innen explodiert“, so AK-Vizepräsidentin Manuela Auer zu der bedenklichen Entwicklung. „Den Patient:innen bleibt in dringenden Fällen oft nicht mehr die Wahl, ob sie zum Kassenarzt oder zum Wahlarzt gehen. Die Folgen: Auch bei Kassenärzt:innen nehmen die Wartezeiten massiv zu, und wer dringend zum Arzt muss, muss zahlen.“ Wahlärzt:innen können zudem ihre Tarife selbst gestalten, was zu hohen Kosten für die Patient:innen führen kann. Bereits 23 Prozent der Gesundheitsausgaben in Österreich kommen direkt aus den Geldtaschen der Patient:innen.

Privatkosten steigen

ÖGK-Arbeitnehmer:innen-Obmann Andreas Huss ärgert diese gravierende Schieflage und die rasant steigenden Kosten für Patient:innen ebenso. „Die Geschichte, dass Österreich im Spitzenfeld der Gesundheitsausgaben liegt, ist eine Mär. Nimmt man die Privatzahlungen heraus, liegen wir laut OECD sogar unter dem Europa-Schnitt. Nimmt man die Privatzahlungen im Verhältnis zur Kaufkraft, sind wir Spitzenreiter bei den Privatausgaben und nicht bei den öffentlichen Ausgaben. Das muss sich dringend ändern, denn in Zeiten der Teuerung müssen die Versicherten entlastet werden, indem wieder mehr öffentliches Geld vor allem in die ambulante Versorgung investiert wird. Es muss jetzt endlich Schluss sein mit dem Sparen auf dem Rücken der Patient:innen.“

Probleme waren absehbar

Huss sieht gleich mehrere Probleme, mit dem das Gesundheitssystem zu kämpfen hat: „Eine alternde Bevölkerung mit mehr Krankheitslast, die steigende Bevölkerungszahl, Pensionierungen von vielen Baby-Boomern, fortschreitende Digitalisierung, keine Patient:innensteuerung, längere durchschnittliche Lebensdauer mit oft mehreren chronischen Krankheiten, die gute kontinuierliche Versorgung benötigen.“ Um hier eine gute Betreuung für alle gewährleisten zu können, brauche es „ein wirkungsmächtiges und gestärktes öffentliches Gesundheitssystem, das sowohl in der Beratung als auch in der Versorgung gut aufgestellt ist“.

Für AK-Vizepräsidentin Manuela Auer ist klar: „Ursache für diese Missstände in der Gesundheitsversorgung ist eine Reihe verhängnisvoller Fehlentscheide. Es wurde nicht reagiert, als immer mehr medizinisches Personal nach und nach die Spitäler verließ oder seine Arbeitszeit reduzierte, um etwa in den Privatsektor zu gehen, weil sie dort mehr verdienen und flexiblere Arbeitsbedingungen und eine bessere Work-Life-Balance vorfinden.“ Nur zugesehen habe die Regierung auch, wie Kassenverträge damit immer unattraktiver wurden. „Dadurch stieg die Zahl der Wahlärzt:innen, die sich weite Teile der Bevölkerung nicht leisten können.“

10 Punkte für eine bessere Versorgung

Auer bezeichnet die Entwicklung als „einen unhaltbaren Zustand“ und fordert ein Maßnahmenpaket. "Für uns ist klar: Das solidarische Gesundheitssystem ist ein Grundpfeiler des österreichischen Sozialstaates und muss gestärkt werden!" In einem Zehnpunkteprogramm fordert sie sowohl Bundes- und Landesregierung als auch ÖGK und Ärztekammer zum Handeln auf.

Die AK-Vizepräsidentin fordert:

- bundesweit zusätzlich 500 Kassenstellen einzurichten,
- Wahlärzt:innen sollen stärker ins Kassensystem eingebunden bzw. Aufgaben übernehmen,
- das Honorarsystem für Kassenmediziner:innen zu attraktivieren,
- den Leistungskatalog in ganz Österreich endlich zu vereinheitlichen,
- den niedergelassenen Bereich beim Finanzausgleich stärker zu berücksichtigen und eine Zielsteuerungskommission einzurichten, damit das Geld aus dem Finanzausgleich auch im niedergelassenen Bereich ankommt,
- einen Ausbau der Studienplätze,
- eine Adaptierung des Studien-Zulassungsverfahrens und den Schwerpunkt auf Allgemeinmedizin in der Ausbildung zu legen,
- das Stipendien-Modell weiter auszubauen, um Medizinabsolvent:innen für eine gewisse Zeit als Kassenärzt:innen nach Vorarlberg zurückzuholen,
- mehr Primärversorgungszentren einzurichten, wo eine bessere Vereinbarkeit für Ärzt:innen zwischen Beruf, Freizeit und Familie möglich ist,
- eine Entbürokratisierung und eine bessere Adaptierung der Stellenpläne auf regionale Gegebenheiten.